



Gemeindeprüfungsanstalt
Baden-Württemberg

Prüfungsbericht

Allgemeine Finanzprüfung
Gemeinde Ostrach 2014 - 2018
EigB Wasserversorgung 2014 - 2018
EigB Abwasserbeseitigung 2014 - 2018

Stuttgart, 29.04.2021

V-ID: 1S-105681

1 Allgemeine Hinweise zur Prüfung

Bis zur vollständigen Umstellung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (Kommunale Doppik) gelten die bisherigen Regelungen des Gemeindefinanzrechts (§§ 77 ff. GemO) in der Fassung vom 24.07.2000¹, der GemHVO vom 07.02.1973² und der GemKVO vom 26.08.1991³. Im Prüfungsbericht werden die Vorschriften der alten Fassung ohne Zusatz zitiert.

Die GPA ist für die überörtliche Prüfung der Gemeinde (Einwohnerzahl am 30.06.2018: 6.787) zuständig (§ 113 Abs. 1 Satz 1 GemO). Die Prüfung erfolgte - mit Unterbrechungen - in der Zeit vom 19.10.2020 bis 13.01.2021 bei der Verwaltung und bei der GPA.

Geprüft haben Frau Rebecca Kempfer (Prüfungsleitung) sowie Frau Anita Missel.

Gegenstand der Prüfung waren gemäß § 114 Abs. 1 GemO die Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung der Gemeinde in den Haushaltsjahren 2014 bis 2018 sowie die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Eigenbetriebs Wasserversorgung in den Wirtschaftsjahren 2014 bis 2018 und des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung in den Wirtschaftsjahren 2014 bis 2018. Der Prüfung haben die Haushaltsrechnungen der Gemeinde sowie die Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe mit folgenden Druckdaten zugrunde gelegen:

	2014	2015	2016	2017	2018
HHR	07.12.2015	19.12.2016	22.01.2018	04.02.2019	06.07.2020
JA EB WV	07.12.2015	19.12.2016	22.01.2018	04.02.2019	06.07.2020
JA EB AWA	07.12.2015	19.12.2016	22.01.2018	04.02.2019	06.07.2020

Die **Bauausgaben** unterliegen gesonderten überörtlichen Prüfungen. Sie wurden zuletzt für die Haushaltsjahre 2010 bis 2013 geprüft (Prüfungsbericht der GPA vom 26.03.2014).

¹ GBl. S. 582, ber. S. 698, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14.10.2008, GBl. S. 343 (Art. 13 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts vom 04.05.2009, GBl. S. 185, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2015, GBl. 2016 S. 55)

² GBl. S. 33, zuletzt geändert durch Verordnung vom 10.07.2001, GBl. S. 466 (§ 64 Abs. 2 Satz 2 GemHVO i.d.F. v. 11.12.2009, GBl. S. 770, zuletzt geändert durch Verordnung vom 29.04.2016, GBl. S. 332)

³ GBl. S. 598, ber. 1992 S. 111, zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.08.2001, GBl. S. 532 (§ 30 Abs. 2 Satz 2 GemKVO i.d.F. vom 11.12.2009, GBl. S. 791, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2015, GBl. S. 1191)

Der gesetzliche Prüfungsauftrag der GPA beinhaltet keine umfassende und vollständige Prüfung der Verwaltung. Die Finanzprüfung hat sich auf einzelne Schwerpunkte und auf Stichproben beschränkt (§ 3 GemPrO). In die sachliche Prüfung (§ 16 i.V.m. § 11 GemPrO) sind auch Verwaltungsvorgänge bis in die Gegenwart einbezogen worden.

Die Prüfungsfeststellungen sind mit der Verwaltung im Zuge der Prüfung besprochen worden. Unwesentliche Anstände wurden, soweit möglich, bereits während der Prüfung bereinigt (§ 2 Abs. 1 Satz 3 GemPrO).

Von einer Schlussbesprechung (§ 18 Abs. 2 Satz 2 GemPrO) konnte abgesehen werden. Die Verwaltung ist am 26.01.2021 über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung mündlich unterrichtet worden.

Der **Prüfungsbericht** beschränkt sich im Rahmen des Prüfungszwecks in erster Linie auf wesentliche Feststellungen (§ 5 Abs. 2 Satz 1 GemPrO) und enthält darüber hinaus Hinweise zur Erledigung der festgestellten Anstände sowie Vorschläge und Anregungen zu bedeutsamen finanzwirksamen Sachverhalten und Problemstellungen.

Die überörtliche Finanzprüfung ist ihrem Wesen nach nicht darauf ausgerichtet und auch nicht befähigt, dolose Handlungen und / oder dienstrechtlich vorwerfbares Verhalten aufzudecken und aufzuklären. Ergeben sich gleichwohl aufgrund der Prüfung Anhaltspunkte in dieser Richtung, sind diese durch den Dienstherrn bzw. Dienstvorgesetzten zu würdigen und ggf. in eigener Zuständigkeit weiter zu verfolgen.

Der Prüfungsbericht ist mit fortlaufenden Randnummern versehen. **Randnummern**, die **mit dem Buchstaben „A“** besonders gekennzeichnet sind, beinhalten Feststellungen über wesentliche Anstände, die nicht im Prüfungsverfahren ausgeräumt werden konnten (§ 5 Abs. 3 GemPrO) und zu denen Stellung zu nehmen ist. Dabei ist mitzuteilen, ob und inwiefern den Feststellungen Rechnung getragen wird (§ 114 Abs. 5 Satz 1 GemO). Eine abschließende Beurteilung aufgrund der Stellungnahme bleibt vorbehalten.

Enthält der Bericht **Hinweise zur Erledigung von Anständen** sowie **Empfehlungen** zur Effizienzsteigerung, Haushaltskonsolidierung und Optimierung des Verwaltungshandelns, handelt es sich um Vorschläge im Rahmen der prüfungsbegleitenden Beratung und nicht um aufsichtsrechtliche Anordnungen i.S. der §§ 121 und 122 GemO.

Soweit wesentliche Anstände nicht erledigt werden, schränkt die Rechtsaufsichtsbehörde die Bestätigung zum Abschluss der Prüfung entsprechend ein. Darüber hinaus kann dies zu Rechtsaufsichtsmaßnahmen führen (§ 114 Abs. 5 Satz 3 GemO).

Soweit die Verwaltung ihr zustehende Ansprüche gegenüber Dritten - insbesondere durch fehlerhaftes oder unterlassenes Verhalten - nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig geltend gemacht hat und dadurch Vermögensnachteile entstanden oder zu besorgen sind, wird auf die aus den haushaltswirtschaftlichen Grundsätzen resultierende Pflicht hingewiesen, die rechtlichen Möglichkeiten zum Ausgleich zu prüfen (insbesondere Forderungsrealisierung, Rückforderung, Inanspruchnahme der Versicherung, Haftung der Verantwortlichen) und gegebene Ansprüche sachgerecht zu verfolgen. Ggf. sind rechtzeitig verjährungshemmende Maßnahmen zu treffen.

Der Prüfungsbericht enthält ausschließlich pseudonymisierte persönliche Daten. Die Einhaltung der **Geheimhaltungsvorschriften und des Datenschutzes** in Bezug auf den Inhalt des Prüfungsberichts ist im weiteren Verfahren von der Verwaltung sicherzustellen.

Soweit im Prüfungsbericht auf **Geschäfts- und Kommunalfinanzberichte** der GPA oder auf **GPA-Mitteilungen** verwiesen wird, können diese auf der Website der GPA eingesehen oder von ihr heruntergeladen werden (www.gpabw.de).

Zum **Abschluss der vorangegangenen überörtlichen Prüfung** der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung der Gemeinde in den Haushaltsjahren 2010 bis 2013 sowie der Wirtschaftsführung und des Rechnungswesens des Eigenbetriebs Wasserversorgung in den Wirtschaftsjahren 2010 bis 2013 und des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung in den Wirtschaftsjahren 2010 bis 2013 (Prüfungsbericht der GPA vom 27.08.2015) hat die Rechtsaufsichtsbehörde mit Verfügung vom 23.02.2018 Az. I/17-095.62 die uneingeschränkte Bestätigung nach § 114 Abs. 5 Satz 2 GemO erteilt.

2 Wesentliche Inhalte des Prüfungsberichts im Sinne von § 114 Abs. 4 Satz 2 GemO

Nach § 114 Abs. 4 Satz 2 in Verbindung mit § 43 Abs. 5 GemO hat der Bürgermeister den Gemeinderat (mindestens) über den wesentlichen Inhalt des Prüfungsberichts zu unterrichten. Mit der Bekanntgabe des folgenden Kapitels 2 kann dieser Informationspflicht genügt werden. Auf ein entsprechendes Verlangen ist jeder Gemeinderätin und jedem Gemeinderat Einsicht in den Prüfungsbericht zu gewähren. Zu den datenschutzrechtlichen Belangen u.a. siehe Kapitel 1 (Allgemeine Hinweise).

2.1 Finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse

Gemeinde Ostrach

Die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinde waren im **Prüfungszeitraum 2014 bis 2018** geordnet.

Die Ertragskraft der Verwaltungshaushalte hat sich insgesamt, insbesondere aufgrund von Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer, den Schlüsselzuweisungen sowie beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie deutlich geringeren Personal- und Sachkosten gegenüber der ursprünglichen Haushaltsplanung wesentlich verbessert.

Die Nettosteureinnahmen haben, trotz steigender Umlagebelastungen, tendenziell zugelegt, fielen zuletzt aber wieder etwas ab. Der überörtliche Vergleichswert konnte im Prüfungszeitraum nicht erreicht werden.

Der Zuschussbedarf im Verwaltungs- und Betriebsbereich stieg - dem Landestrend folgend - seit 2014 merklich an, blieb jedoch etwas hinter diesem zurück. Bei einem geringeren Anstieg der Betriebseinnahmen ist er maßgeblich durch die stärker gestiegenen Betriebsausgaben, hier insbesondere beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand sowie bei den Personalausgaben beeinflusst worden.

Basierend auf diesen Entwicklungen ergaben sich durchweg positive Zuführungsraten zum Vermögenshaushalt. Mit ca. 2,9 Mio. EUR wurde im Jahr 2017 die höchste und mit knapp 0,9 Mio. EUR im Jahr 2015 die niedrigste Zuführungsrate im Prüfungszeitraum erreicht.

Die Investitionen in Höhe von rd. 14 Mio. EUR wurden zu 81 % mit Eigenmitteln und zu 19 % mit Zuweisungen und Zuschüssen finanziert.

Die Verschuldung im Kämmereihaushalt hat sich zum Ende des Prüfungszeitraums auf 530 TEUR (78 EUR/Einw.) verringert. Unter Einbeziehung der Schulden der Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung hat die Gesamtverschuldung der Gemeinde am 31.12.2018 mit 6,4 Mio. EUR (947 EUR/Einw.) um rd. 14 % über dem Landesdurchschnitt gelegen. Der allgemeinen Rücklage wurden im Prüfungszeitraum saldiert 2,9 Mio. EUR zugeführt. Sie betrug am Ende des Prüfungszeitraums, bei einer Mindestrücklage von 277 TEUR, rd. 4,5 Mio. EUR.

Die zum Zeitpunkt der Prüfung vorliegende **mittelfristige Finanzplanung bis 2023** geht von einer stetigen Zunahme des Betriebszuschusses aus, welche durch die erwartete Entwicklung der Steuerkraft - netto - nicht kompensiert werden könnte. Per saldo würden sich die ordentlichen Ergebnisse zunehmend negativ entwickeln und insgesamt einen Fehlbetrag von 5,5 Mio. EUR ergeben. Damit könnte die Gemeinde im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum bis 2023 den Ressourcenverbrauch nicht voll erwirtschaften und der Haushaltsausgleich wäre mittelfristig nicht gewährleistet.

Das mittelfristig vorgesehene Investitionsvolumen (2019 bis 2023) von 22,2 Mio. EUR soll zu 79 % mit Eigenmitteln und zu 21 % mit Krediten finanziert werden. Bei planentsprechendem Verlauf würden sich die Schulden der Gemeinde zum Ende des Jahres 2023 auf rd. 4,8 Mio. EUR belaufen.

Inwieweit aufgrund der regionalen und globalen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung - insbesondere bedingt durch die noch nicht abschätzbaren Folgen der weltweiten Corona-Krise - die erwarteten Prognosen der Realität entsprechen bleibt abzuwarten. Zur Sicherung der dauernden Leistungsfähigkeit ist die Gemeinde gehalten auch weiterhin sparsam zu wirtschaften und ihre Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen. Einer sich abzeichnenden Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingungen und Strukturdaten ist durch zeitnahe Fortschreibung der Planung entgegenzuwirken. Ergänzend wird empfohlen, die Realisierung der Investitionsvorhaben unter Berücksichtigung der Folgekosten von der Eigenfinanzierungskraft und der Bewilligung der eingeplanten Fördermittel abhängig zu machen. Mit Blick auf die prognostizierte Entwicklung des Ergebnishaushalts sind ggf. konsolidierende Maßnahmen erforderlich.

(Rdnrn. 1 bis 13)

Eigenbetrieb Wasserversorgung

Auf der Aktivseite haben die Sachanlagen im Prüfungszeitraum um 178 TEUR zugenommen, da die Investitionen höher waren als die Abschreibungen und Anlagenabgänge. Da sich auch der Kassenbestand und die Forderungen erhöht haben, hat das Bilanzvolumen um 600 TEUR zugenommen. Auf der Passivseite haben die Fremdkredite um 147 TEUR zugenommen. Im Prüfungszeitraum ist insgesamt ein Gewinn von 45 TEUR erwirtschaftet worden. Die größten Posten beim Materialaufwand stellen der Unterhalt des Leitungsnetzes und der Betriebsstrom dar.

(Rdnrn. 67 bis 81)

Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

Da die Abschreibungen geringer waren als die Investitionen, haben die Sachanlagen um ca. 1,1 Mio. EUR zugenommen. Die Ertragszuschüsse stiegen um 638 TEUR an. Die kurzfristigen Forderungen haben um 755 TEUR zugenommen. Auf der Passivseite haben die Fremdkredite um 623 TEUR zugenommen und die Kassenmehrausgaben sind um 1,3 Mio. EUR angestiegen. Zum Ende des Prüfungszeitraums hat sich die Bilanzsumme um 1,2 Mio. EUR erhöht.

(Rdnrn. 80 bis 87)

2.2 Wesentliche Feststellungen der Prüfung

Vorbemerkung

Die allgemeine überörtliche Finanzprüfung hat sich auf der Grundlage eines risikoorientierten Prüfungsansatzes auf einzelne Schwerpunkte und Stichproben beschränkt (§ 3 GemPrO). Insgesamt hat sich grundsätzlich ein guter Gesamteindruck vom Leistungsniveau und von den Arbeitsergebnissen der Verwaltung gezeigt. Allerdings waren mehrere Feststellungen aus vorangegangenen überörtlichen Prüfungen trotz abgegebener Erledigungszusagen der Verwaltung wiederholt aufzugreifen.

Im Folgenden sind die wesentlichen Prüfungsfeststellungen zusammengefasst dargestellt:

Kassenwesen

Im Prüfungszeitraum wurden keine örtlichen Prüfungen der Zahlstellen und Handzuschüsse vorgenommen. (Rdnr. 15)

Programmanwendung

Es ergaben sich Feststellungen zu den erteilten Berechtigungen im Finanzprogramm, insbesondere zu den Kassenberechtigungen. (Rdnr. 21)

Personalwesen

Im Beamtenbereich ergaben sich Feststellungen zu Einstellungen und Beförderungen ohne Dienstpostenbewertungen, zu fehlenden Beurteilungen vor Beförderungen sowie zur fehlenden Festsetzung des Besoldungsdienstalters bzw. der Erfahrungszeiten. (Rdnrn. 34 bis 36)

Bei den tariflich Beschäftigten ergaben sich Feststellungen zu fehlenden Stellenbewertungen, zur Stufenfindung bei Neueinstellungen und zu übertariflichen Zulagen sowie zu den Rufbereitschaftspauschalen. (Rdnrn. 40, 43, 46 und 47)

Grundstücksmanagement

Bei der Veräußerung von Baugrundstücken und bei der Veräußerung eines bebauten Grundstücks konnten die Voraussetzungen des § 92 Abs. 1 GemO nicht verifiziert werden. (Rdnrn. 50, 52 und 54)

Straßen- sowie Parkierungseinrichtungen

Die jeweils zum Gesamtkaufpreis veräußerten Grundstücke enthalten nicht satzungsgemäß ermittelte Kosten für die leitungsgebundene und wegemäßige Erschließung sowie für die naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen (Rdnrn. 52 und 58)

Die satzungsgemäßen Erschließungs- und Anschlussbeiträge für gemeindeeigene Grundstücke sind im Zeitpunkt der als entstanden fingierten Beitragsschuld zu verrechnen. (Rdnrn. 52, 58, 59 und 60).

3 Finanzielle und wirtschaftliche Verhältnisse der Gemeinde

Die wichtigsten **Kennzahlen** der Haushalts- und Finanzwirtschaft der Gemeinde im Prüfungszeitraum 2014 bis 2018 sind mit den Durchschnittswerten (soweit bekannt) der Gemeinden und Städte des Landes zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnern - im Folgenden: Landesdurchschnitt - in **Anlage 1**, weitere finanzwirtschaftliche Daten sind in den **Anlagen 2 bis 5** dargestellt.

Zum Verlauf der Haushalts- und Finanzwirtschaft im Prüfungszeitraum und im Haushaltsjahr 2019 sowie zur mittelfristigen Finanzplanung ist zusammengefasst festzuhalten:

3.1 Ergebnisse und Strukturen des Verwaltungshaushalts

3.1.1 Ergebnisse

- 1 Die allgemeine Zuführung des Verwaltungshaushalts (VwH) an den Vermögenshaushalt (VmH) hat sich im Prüfungszeitraum, im Vergleich zum Planansatz und zum Landesdurchschnitt, wie folgt entwickelt:

Jahr	Plan- ansatz	Rechnungs- ergebnis		Landes- durchschnitt
	TEUR	TEUR	EUR/Einw.	EUR/Einw.
2014	141	1.046	158	230
2015	243	892	133	288
2016	616	2.300	339	330
2017	829	2.932	431	375
2018	184	1.390	205	
Summe	2.013	8.560		

Wie im vorangegangenen Prüfungszeitraum zeigten sich die Rechnungsergebnisse gegenüber der Planung deutlich verbessert. Ursächlich hierfür waren v.a. Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer, bei den Schlüsselzuweisungen und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aber auch deutlich geringere Personal- und Sachkosten.

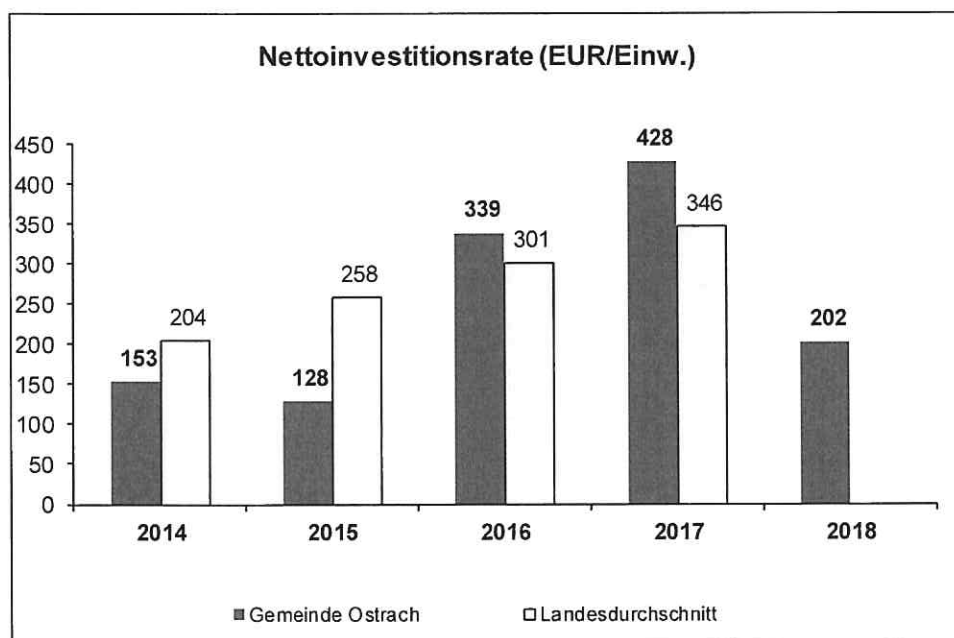
In den Jahren **2014** und **2015** lag die Zuführungsrate unter, in den Jahren **2016** und **2017** hingegen über dem Landesdurchschnitt. Die Nettosteuerereinnahmen haben sich 2016 im Vergleich zum Vorjahr spürbar verbessert (+1,6 Mio. EUR) und konnten auf dieser Basis 2017 um weitere 0,4 Mio. EUR ansteigen. Ursächlich hierfür waren v.a. Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer bei den Schlüsselzuweisungen. Der Zuschussbedarf des Verwaltungs- und Betriebsbereichs hat sich in diesem Zeitraum dagegen nur moderat erhöht, was in den Jahren 2016 und 2017 zu einer spürbaren Ergebnisverbesserung

geführt hat. 2018 wurde die Ertragskraft des VwH durch einen stark steigenden Zuschussbedarf bei gleichzeitig reduzierten Nettosteureinnahmen geschmälert.

Zusammengefasst, nach den beiden Hauptblöcken des Haushalts, war die Entwicklung der Nettosteureinnahmen (Rdnr. 2) und des Zuschussbedarfs des Verwaltungs- und Betriebsbereichs (Rdnr. 3) wie folgt für die allgemeine Zuführung zum VmH ergebnisprägend:

	2014 TEUR	2015 TEUR	2016 TEUR	2017 TEUR	2018 TEUR
Nettosteureinnahmen	4.067	4.416	6.036	6.469	5.953
Zuschussbedarf	-3.021	-3.524	-3.736	-3.537	-4.563
Allg. Zuführung zum VmH	1.046	892	2.300	2.932	1.390

Die nach Abzug der ordentlichen Kredittilgung und Kreditbeschaffungskosten verbliebene **Nettoinvestitionsrate**, als wichtigste Kennzahl zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit des Haushalts, hat sich wie folgt entwickelt:



Die Nettoinvestitionsraten wurden durch die geringen ordentlichen Tilgungsverpflichtungen (118 TEUR) im Kämmereihaushalt begünstigt (s. Anlage 1 Zeile 25). Aus dem VwH konnten insgesamt 8,4 Mio. EUR zur Investitionsfinanzierung bereitgestellt werden.

3.1.2 Strukturen

Steuereinnahmen und Finanzausgleich

- 2 Die Steuern und steuerähnlichen Einnahmen, die allgemeinen Finanzausweisungen und die nach Abzug der steuerkraftabhängigen Umlagen verbliebenen Nettosteuerereinnahmen haben sich - ausgehend vom Basisjahr 2013 - wie folgt entwickelt:

	Basisjahr	Prüfungszeitraum				
	2013 TEUR	2014 TEUR	2015 TEUR	2016 TEUR	2017 TEUR	2018 TEUR
Gewerbesteuer	2.545	2.008	2.107	2.770	2.837	2.916
Grundsteuer A und B, sonstige Gemeindesteuern	934	934	936	947	971	990
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2.656	2.767	3.014	3.047	3.493	3.975
Steuern und steuerähnliche Einnahmen	6.135	5.709	6.057	6.764	7.301	7.881
Allgemeine Zuweisungen	2.872	2.791	2.925	3.655	3.794	3.406
Steuerkraftabhängige Finanzumlagen	-3.931	-4.433	-4.566	-4.383	-4.626	-5.334
Nettosteuerereinnahmen	5.076	4.067	4.416	6.036	6.469	5.953
EUR/Einw.	771	613	657	890	951	877
Landesdurchschnitt EUR/Einw.	727	776	840	912	993	

Ergänzend wird unter Hinweis auf die Darstellung der längerfristigen Entwicklung mit einwohnerbezogenen Quoten im Vergleich mit landesdurchschnittlichen Werten in **Anlage 2** bemerkt:

Die Einnahmen aus der **Gewerbesteuer** sind in den Jahren 2014 und 2015 im Vergleich zum Basisjahr merklich zurückgegangen, konnten aber in der Folge wieder zulegen. Das Aufkommen am Ende des Prüfungszeitraumes lag um knapp 15 % (0,4 Mio. EUR) über dem Wert des Basisjahres. Das Gewerbesteueraufkommen lag im gesamten Prüfungszeitraum unter dem Landesdurchschnitt und erreichte insgesamt lediglich 76 % des Durchschnittswerts der Gemeinden.

Auf die **Grundsteuerereinnahmen** entfielen knapp 13 % des Gesamtsteueraufkommens. Die Steigerung im Prüfungszeitraum um 6 % war - bei durchweg unveränderten Hebesätzen - insbesondere von der Zunahme bei der Grundsteuer B (respektive von der Bauentwicklung) geprägt. Sowohl der Hebesatz als auch das Aufkommen der Grundsteuer B blieb hinter den entsprechenden überörtlichen Vergleichswerten zurück.

Beim Aufkommen der Grundsteuer A konnte die ländlich geprägte Flächengemeinde den Durchschnittswert deutlich übertreffen, obwohl der Hebesatz unter den Landesdurchschnittswerten der Größenklasse lag.

Die Einnahmen aus den **Gemeindeanteilen an der Einkommen- und Umsatzsteuer** waren mit durchschnittlich rd. 48 % des Gesamtsteueraufkommens der wichtigste Einnahmeblock im VwH. Der stetige Zuwachs im Prüfungszeitraum von nominal + 1,3 Mio. EUR (+ 50 % im Vergleich zum Basisjahr) führte im Jahr 2018 zum bislang höchsten örtlichen Wert. Im überörtlichen Vergleich war der Einkommensteueranteil im gesamten Prüfungszeitraum - trotz steigender Schlüsselzahlen - unterdurchschnittlich. Hier konnten lediglich rund 80 % des Durchschnittswerts der Gemeinden erreicht werden. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer blieb, bei einer zuletzt steigenden Schlüsselzahl, ebenfalls hinter dem Landesdurchschnitt zurück.

Die **Steuern und steuerähnlichen Einnahmen** sind, vor allem bedingt durch die Entwicklung bei der Gewerbesteuer in den Jahren 2014 und 2015 zurückgegangen, konnten aber zum Ende des Prüfungszeitraumes wieder deutlich zunehmen. Im Vergleich zum Basisjahr ergab sich eine Steigerung um 28 % (+ 1,7 Mio. EUR).

Die maßgeblichen Kennzahlen für die **Steuerkraft** der Gemeinde, das Steueraufkommen (Steuerquote) je Einwohner (s. **Anlage 2** Blatt 1) und die Steuerkraftmesszahl (**Anlage 1** Blatt 2 Zeile 40) lagen deutlich unter den externen Vergleichswerten.

Das Aufkommen der **allgemeinen Finanzaufweisungen** war von der Entwicklung der eigenen Steuereinnahmen (mit zweijährigem Zeitversatz) und von zulegenden Kopfbeiträgen (sowohl bei den Schlüsselzuweisungen als auch bei der kommunalen Investitionspauschale) bestimmt. Sie sind im Prüfungszeitraum nominal um 0,5 Mio. EUR (+19 %) auf knapp 3,4 Mio. EUR angestiegen.

Als Folge der gestiegenen Steuerkraftsumme (eigene Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen) hat sich ausgabeseitig die Belastung mit **steuerkraftabhängigen Umlagen** kontinuierlich um insgesamt rd. 1,4 Mio. EUR (+36 %) erhöht.

Insgesamt betrachtet, haben die per saldo zur Finanzierung des Zuschussbedarfs im Verwaltungs- und Betriebsbereich verbliebenen Nettosteuerereinnahmen im Prüfungszeitraum sich solide und tendenziell steigend entwickelt, fielen zuletzt aber wieder etwas ab. Der Zuwachs betrug, ausgehend vom Basisjahr 2013, über 17 % (+0,9 Mio. EUR). Der bei der Gemeinde verbliebene Teil der Einnahmen aus Steuern und allgemeinen Zuweisungen lag jahresdurchschnittlich bei rd. 54 %. Dabei war der niedrigste Wert im Jahr 2014 und der höchste Wert im Jahr 2017 zu verzeichnen.

Verwaltungs- und Betriebsbereich

- 3 Die Einnahmen und Ausgaben sowie der Zuschussbedarf im Verwaltungs- und Betriebsbereich haben sich wie folgt entwickelt:

	Basisjahr	Prüfungszeitraum				
	2013 TEUR	2014 TEUR	2015 TEUR	2016 TEUR	2017 TEUR	2018 TEUR
Betriebseinnahmen	2.252	2.136	2.481	2.368	2.493	2.666
davon						
Gebühren und ähnliche Entgelte	330	290	298	342	326	302
Mieten, Verkaufserlöse, Erstattungen u. Ä.	870	928	1.083	982	1.114	1.174
Zuweisungen und Zuschüsse	1.052	918	1.100	1.044	1.053	1.190
Sonstige Finanzeinnahmen (einschl. Zinseinnahmen)	261	237	224	213	220	232
Betriebsausgaben	5.376	5.365	6.198	6.291	6.242	7.446
davon						
Personalausgaben	2.293	2.331	2.472	2.660	2.706	3.117
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	2.264	2.167	2.801	2.588	2.455	3.227
Zuweisungen und Zuschüsse	819	867	925	1.043	1.081	1.102
Sonstige Finanzausgaben (einschl. Zinsausgaben)	35	29	31	26	8	15
Zuschussbedarf	2.898	3.021	3.524	3.736	3.537	4.563
EUR/Einw.	440	455	525	551	520	672
Landesdurchschnitt EUR/Einw.	496	544	549	583	618	

Ergänzend wird bemerkt:

Die **Betriebseinnahmen** sind im Vergleich zum Basisjahr angestiegen, zum Ende des Prüfungszeitraums betrug der Zuwachs 414 TEUR (+ 18 %). Wie bereits im vorangegangenen Prüfungszeitraum blieb die Betriebseinnahmequote je Einwohner, unterdurchschnittlich, sie lag jahresdurchschnittlich 27 % unter den landesweiten Vergleichswerten.

Die Kostendeckungsgrade der wichtigsten kostenrechnenden Einrichtungen sind aus **Anlage 5** zu entnehmen. Hierbei besonders zu erwähnen ist der, im Vergleich zum Basisjahr 2013, stark gestiegene Zuschussbedarf im Bereich der Kinderbetreuung um 0,4 Mio. EUR auf 0,9 Mio. EUR. Insgesamt gingen die Einnahmen aus **Gebühren und Entgelten** zurück. Sie betrugen im Prüfungszeitraum jahresdurchschnittlich rd. 312 TEUR. Dabei waren v.a. die Bestattungsgebühren (rd. 45 %), die Kindergartengebühren (rd. 19 %), die Verwaltungsgebühren (rd. 16 %) und die Gebühren für das Mittagessen der Schule (rd. 8 %) für das Gebührenaufkommen ergebnisprägend.

Die Einnahmen aus **Verkäufen, Mieten, Erstattungen** usw. wiesen einen deutlichen Anstieg auf. Im Vergleich zum Basisjahr betrug die Steigerung bei dieser, mit ca. 43 % an den gesamten Betriebseinnahmen beteiligten Einnahmegruppe, 304 TEUR (+ 35 %).

Die **Zuweisungen und Zuschüsse** beinhalten insbesondere die Zuweisungen des Landes für die Kleinkindbetreuung und die Schulen (Kindergartenlastenausgleich und Schullastenausgleich), welche im Prüfungszeitraum leicht gestiegen sind. Insgesamt stieg die Einnahmegruppe im Vergleich zum Basisjahr 2013 um ca. 13 % (+ 138 TEUR) an und steuerte damit im Jahr 2018 knapp 45 % zu den gesamten Betriebseinnahmen bei.

Die im Prüfungszeitraum leicht rückläufigen **sonstigen Finanzeinnahmen** beinhalten neben der vom Versorgungsunternehmen an die Gemeinde abgeführten Konzessionsabgabe aus der Stromversorgung auch Zinserträge aus Geldanlagen und der Vollverzinsung der Gewerbesteuer sowie Mahngebühren und Säumniszuschläge. Mit einem Gesamtaufkommen von 992 TEUR (jahresdurchschnittlich 198 TEUR bzw. einem Anteil von 88 % in dieser Einnahmegruppe) waren die Konzessionsabgaben eine stabile Einnahmegröße. Aufgrund des geringen Zinsniveaus konnten im Prüfungszeitraum Zinseinnahmen aus Geldanlagen in Höhe von insgesamt 23 TEUR bzw. jahresdurchschnittlich 4,6 TEUR, entsprechend 2 % der sonstigen Finanzeinnahmen verbucht werden.

Die Säumniszuschläge und dergleichen trugen mit 111 TEUR knapp 10 % zu den sonstigen Finanzeinnahmen bei.

Die **Betriebsausgaben** sind ausgehend vom Basisjahr um rd. 2,1 Mio. EUR (+ 39 %) und damit nominal wesentlich stärker als die Betriebseinnahmen angewachsen.

Der im Prüfungszeitraum starken Schwankungen unterworfenen aber tendenziell deutlich anwachsende **sächliche Verwaltungs- und Betriebsaufwand** (ohne innere Verrechnungen und kalkulatorische Kosten) war durch steigende Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten gekennzeichnet. Er hat im Vergleich zum Basisjahr 2013 einen Zuwachs von knapp 1,0 Mio. EUR (+43 %) zu verzeichnen und stellte am Ende des Prüfungszeitraums mit 45 % den größten Ausgabeblock der Betriebsausgaben dar. Im landesweiten Vergleich lagen die Ausgaben insgesamt etwas unter den Durchschnittswerten.

Den mit 42 % zweitgrößten Ausgabeblock der Betriebsausgaben stellten die **Personausgaben** dar, welche sich gegenüber dem Basisjahr um ca. 0,8 Mio. EUR (+ 36 %) erhöht haben. Für diesen Anstieg war neben den linearen Tarif- und Besoldungserhöhungen vor allem der Zuwachs im Bereich der Kindertagesbetreuung verantwortlich. Die einwohnerbezogene Personalkostenquote hat unter den landesdurchschnittlichen Vergleichswerten gelegen. Auf Rdnr. 29 wird verwiesen.

Die Ausgaben für **Zuweisungen und Zuschüsse** haben um 0,3 Mio. EUR (+ 35 %) zugenommen. Der mit Abstand größte Teil dieses Ausgabenblocks entfiel auf die Betriebskostenzuschüsse an die Kindertageseinrichtungen.

Die **sonstigen Finanzausgaben**, insbesondere die Zinsaufwendungen aus der Vollverzinsung von Gewerbesteuerrückerstattungen, spielten im Prüfungszeitraum mit jahresdurchschnittlich ca. 22 TEUR nur eine untergeordnete Rolle. Die Entwicklung der **Zinsausgaben** konnten im Laufe des Prüfungszeitraums von 33 TEUR (Basisjahr 2013) auf 5 TEUR reduziert werden und lagen damit im Größenklassenvergleich deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

Die einzelnen Einnahmen- und Ausgabenblöcke sind wegen der zwischengemeindlichen Struktur- und Aufgabenunterschiede nur begrenzt mit landesdurchschnittlichen Werten vergleichbar. Noch am ehesten für einen überörtlichen Vergleich eignet sich

der Zuschussbedarf des **Verwaltungs- und Betriebsbereichs**¹, der aufzeigt, in welchem Umfang allgemeine Deckungsmittel für die Erfüllung kommunaler Aufgaben eingesetzt wurden. Er ist ausgehend vom Basisjahr um ca. 1,7 Mio. EUR (+ 57 %) angestiegen und hat mit 672 EUR/Einw. im Jahr 2018 seinen Höchstwert erreicht. Im direkten Vergleich lag der Gemeindevwert im gesamten Prüfungszeitraum etwas unter den überörtlichen Durchschnittswerten.

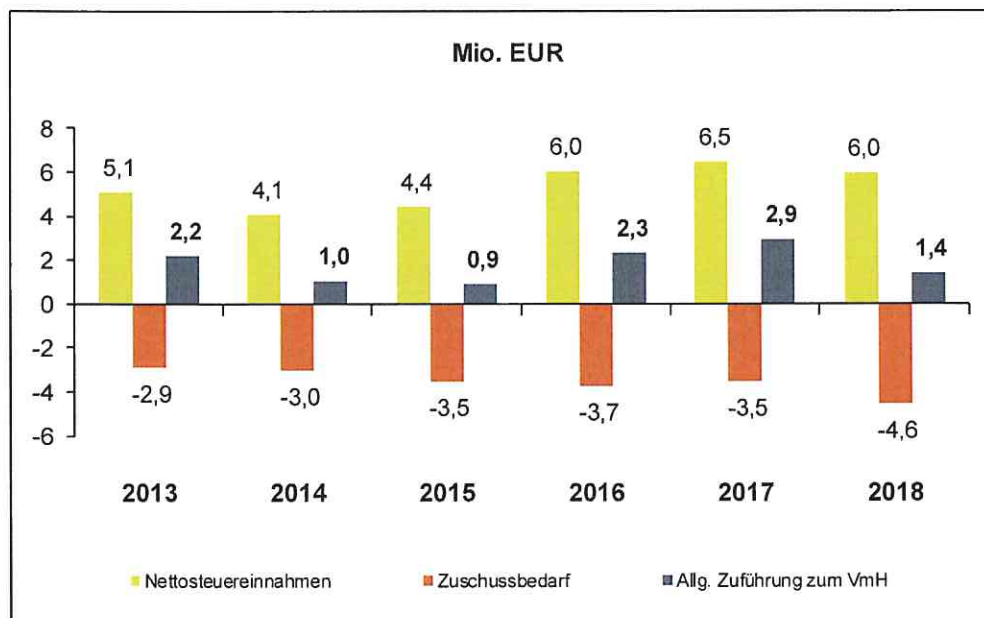
Die damit zusammenhängende **Eigendeckungsquote**² war im Prüfungszeitraum leichten Schwankungen unterworfenen und hat sich, im sowohl im Vergleich zum Basisjahr als auch zum vorangegangenen Prüfungszeitraum deutlich verschlechtert. Sie lag im Durchschnitt der Jahre 2014 bis 2017 mit 42,9 % rund 5 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt. Der niedrigste Wert ergab sich im Jahr 2018 mit 38,8 %, der höchste Wert war im Jahr 2014 mit 44,0 % zu verzeichnen.

¹ Personal-, Sach-, Zuschuss- und Zinsausgaben abzüglich der Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb und der sonstigen Finanzeinnahmen - **ohne** innere Verrechnungen und kalkulatorische Einnahmen und Ausgaben; vgl. **Anlage 2** Blatt 1 und 2 und **Anlage 3** Blatt 2.

² Deckungsanteil der Einnahmen des Verwaltungs- und Betriebsbereichs (einschl. Zinsen, ohne innere Verrechnungen und kalkulatorische Posten) an dessen Ausgaben.

Gesamtverlauf

- 4 Zusammengefasst haben sich die vorstehend dargestellten Hauptblöcke wie folgt entwickelt:



3.2 Vermögenshaushalt

- 5 In den Vermögenshaushalten 2014 bis 2018 sind rd. 14 Mio. EUR für folgende Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen bereitgestellt worden:

	TEUR
Gewährung von Darlehen, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	25
Grunderwerb	2.353
Sonstiger Vermögenserwerb	1.772
Baumaßnahmen	9.169
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	663
Summe	13.982

Schwerpunkte der Investitionstätigkeit waren Grunderwerbe einschließlich KAG-Beitragsverrechnungen (ca. 2 Mio. EUR) sowie Investitionen in Gewerbegebiete (rd. 1,8 Mio. EUR) und in Baugebiete einschließlich Baulandentwicklung (rd. 1,8 Mio. EUR) und in Ortsdurchfahrten (ca. 1,5 Mio. EUR). Weiter wurde in den Bau des Bannwaldturms (knapp 0,8 Mio. EUR) und den Ausbau der Seestraße in Einhart (0,7 Mio. EUR) investiert und ein Zuschuss zum Kunstrasenplatz (0,35 Mio. EUR) gewährt. Weitere Investitionen wurden in die DSL-Breitbandförderung (ca. 0,6 Mio. EUR), den Umbau und die energetische Sanierung des Schulzentrums (ca. 0,5 Mio. EUR), die Ortskernsanierung (0,4 Mio. EUR) sowie die Beschaffung von beweglichen Sachen für den Bauhof (knapp 0,3 Mio. EUR) getätigt.

Die Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind zu

- 81 % mit Eigenmitteln (11,3 Mio. EUR) und
- 19 % mit Zuweisungen und Zuschüssen (2,7 Mio. EUR)

finanziert worden.

Von den Eigenmitteln entfielen rd. 8,4 Mio. EUR auf die Nettoinvestitionsraten, rd. 5 Mio. EUR auf Veräußerungserlöse und ca. 0,8 Mio. EUR auf Beiträge. Der übersteigende Eigenmittelanteil ist der allgemeinen Rücklage zugeführt worden.

3.3 Rücklagen, Liquidität, Verschuldung

Allgemeine Rücklage

- 6 Der allgemeinen Rücklage sind im Prüfungszeitraum saldiert rd. 2,9 Mio. EUR zugeführt worden. Zum Ende des Prüfungszeitraums hat ihr Bestand bei einem nach § 20 Abs. 2 GemHVO geforderten Mindestbetrag von 277 TEUR rd. 4,5 Mio. EUR betragen (Anlage 1 Zeile 42).

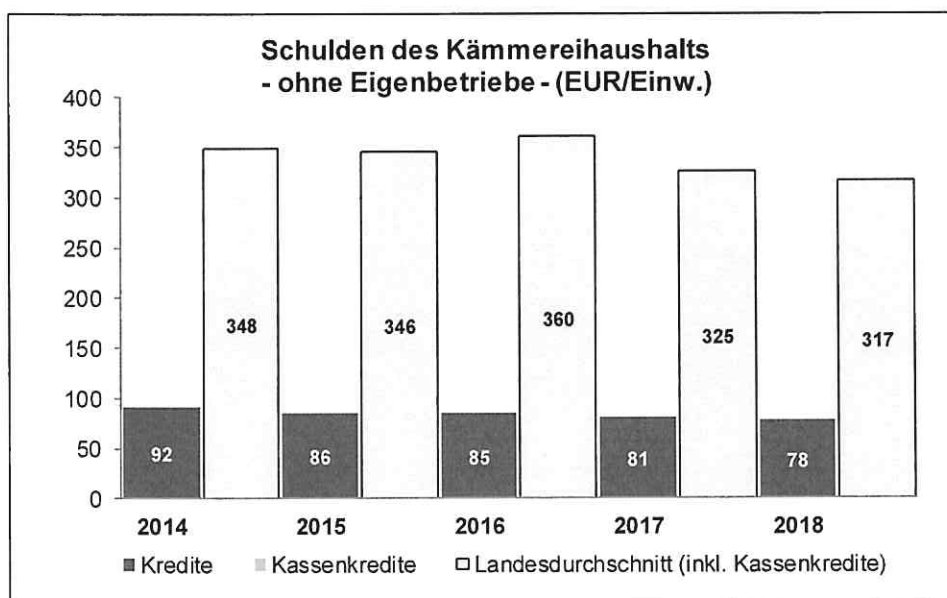
Liquidität

- 7 Wie bereits im vorangegangenen Prüfungszeitraum war die Liquidität der Gemeindekasse stets gesichert. Im Prüfungszeitraum mussten zur Liquiditätssicherung keine Kassenkredite in Anspruch genommen werden. Vorübergehend nicht benötigte Kassensmittel konnten ertragbringend angelegt werden, so dass trotz des niedrigen Zinsniveaus rd. 22 TEUR an Zinseinnahmen erzielt werden konnten.

Verschuldung

- 8 Die langfristigen Schulden der Gemeinde im Kämmereihaushalt¹ haben sich im Prüfungszeitraum, bei 118 TEUR ordentlichen Tilgungen, von 648 TEUR (31.12.2013) auf 530 TEUR (31.12.2018) vermindert. Im Prüfungszeitraum wurden keine neuen Kredite aufgenommen.

Die **Pro-Kopf-Verschuldung** hat sich wie folgt entwickelt:



Die Pro-Kopf-Verschuldung im Kämmereihaushalt wurde von 92 EUR auf 78 EUR reduziert, der Landesdurchschnitt lag Ende 2018 bei 317 EUR/Einw.

Unter Einbeziehung der Schulden der Eigenbetriebe Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung hat die Gesamtverschuldung der Gemeinde am 31.12.2018 mit ca. 6,4 Mio. EUR (947 EUR/Einw.) um rd. 14 % über dem Landesdurchschnitt von 834 EUR/Einw. gelegen (Anlage 1, Blatt 2, Zeilen 44 bis 50).

3.4 Haushaltsjahr 2019 und mittelfristige Finanzplanung

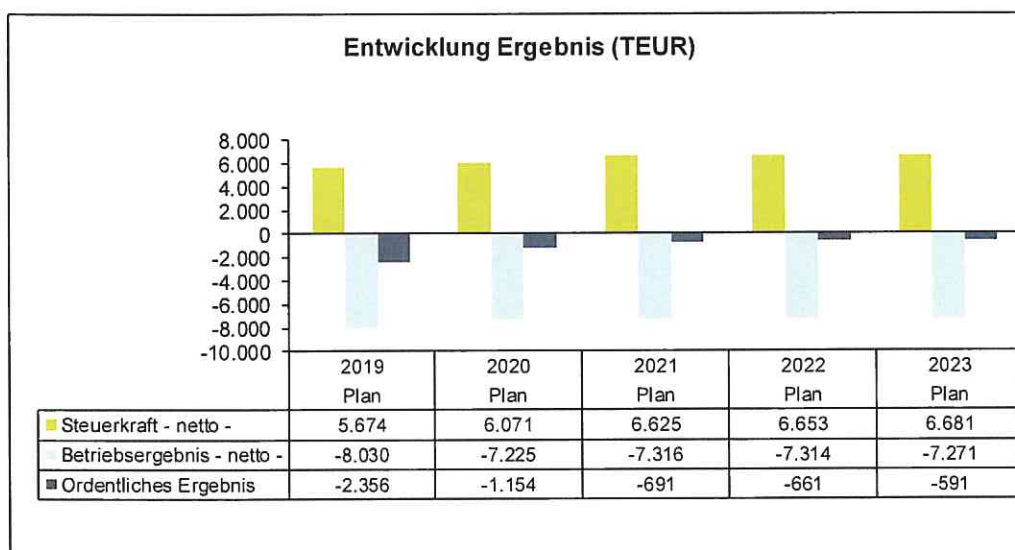
Die nachfolgenden Ausführungen erfolgen auf Grundlage der zum Zeitpunkt der Prüfung vorliegenden Planzahlen. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise sind derzeit noch nicht abschätzbar und erfordern gegebenenfalls eine situationsbezogene

¹ Fundierte Schulden, d.h. ohne innere Darlehen und kreditähnliche Rechtsgeschäfte und ohne die in Sonderrechnungen nachgewiesenen Schulden der Sonder- und Treuhandvermögen.

Neubewertung und Fortschreibung der Haushalts- und Finanzplanung durch die Kommune. Zudem ist zu berücksichtigen, dass wesentliche Planwerte noch unter dem Vorbehalt der endgültigen Aufstellung der Eröffnungsbilanz stehen.

3.4.1 Ergebnishaushalt

- 9 Nach der Haushalts- und Finanzplanung soll sich die Leistungskraft des Ergebnishaushalts bis 2023 wie folgt entwickeln:

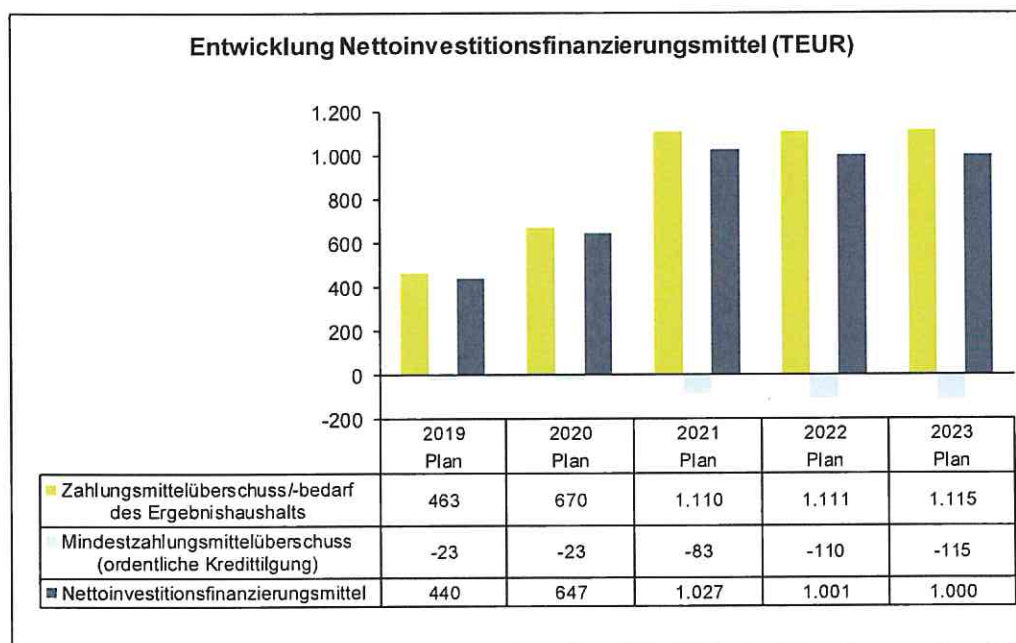


Für den **Finanzplanungszeitraum 2019 bis 2023** erwartet die Gemeinde einen Betriebszuschuss, mit der die Entwicklung der Nettodeckungsmittel (Steuerkraft - netto -) nicht Schritt halten könnte. In der Folge würden sich die ordentlichen Ergebnisse negativ entwickeln und insgesamt einen Fehlbetrag von ca. 5,5 Mio. EUR ergeben. Damit könnte die Gemeinde bei plangemäßigem Verlauf im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum bis 2023 den Ressourcenverbrauch nicht voll erwirtschaften und der Haushaltsausgleich (§ 24 GemHVO n.F.) wäre mittelfristig nicht gewährleistet. Anhaltend negative ordentliche Ergebnisse würden die dauernde Leistungsfähigkeit und die stetige Aufgabenerfüllung der Gemeinde gefährden.

Die finanzwirtschaftliche Zielsetzung der Kommunalen Doppik, ein ausgeglichenes ordentliches Ergebnis zu erwirtschaften (§ 80 Abs. 2 Satz 2 GemO) und dadurch eine intergenerativ gerechte Haushaltspolitik zu gewährleisten, kann im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung nur dann erreicht werden, wenn begleitend und unterstützend eine konsequente und stetige Konsolidierung der Haushaltswirtschaft erfolgen wird.

3.4.2 Finanzhaushalt, Entwicklung der Liquidität

- 10 Der **Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts** (aus laufender Verwaltungstätigkeit) und die nach Abzug des Mindestzahlungsmittelüberschusses (ordentliche Kredittilgungen) verbleibenden **Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel** sollen sich nach der Planung wie folgt entwickeln:



Im Finanzplanungszeitraum 2019 bis 2023 soll jährlich ein Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts erwirtschaftet werden, welcher die ordentlichen Kredittilgungen übersteigt. Ausgehend von den Planzahlen könnten in diesen Jahren somit rd. 4,1 Mio. EUR oder jahresdurchschnittlich rd. 0,8 Mio. EUR für Auszahlungen aus Investitionstätigkeit zur Verfügung gestellt werden. Im Prüfungszeitraum waren es jahresdurchschnittlich ca. 1,7 Mio. EUR.

Die **Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen** im Finanzplanungszeitraum 2019 bis 2023 in Höhe von 22,2 Mio. EUR setzen sich aus den Auszahlungen für Baumaßnahmen, den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden, sowie den Erwerb von beweglichen Vermögensgegenständen zusammen. Bei den Hochbaumaßnahmen liegt der Schwerpunkt bei der Planung und Erschließung der Baugebiete (4,5 Mio. EUR) und der Gewerbegebiete (2,4 Mio. EUR). Weitere Investitionen sollen in die Sanierung der Gemeindestraßen (3,3 Mio. EUR) sowie in das DSL-Breitbandnetz (2,6 Mio. EUR) erfolgen. Ebenso sind Grunderwerbe (3,2 Mio. EUR), Investitionen in die Ortskernsanierung (1,9 Mio. EUR), Erschließungsbeiträge (1,5 Mio. EUR) sowie der Erwerb von Ökopunkten (0,4 Mio. EUR) vorgesehen.

Das Investitionsvolumen soll zu 79 % mit **Eigenmitteln** (17,5 Mio. EUR) und zu 21 % mit **Kreditaufnahmen** (4,7 Mio. EUR) finanziert werden.

Von den **Eigenmitteln** würden 6,5 Mio. EUR auf Investitionszuschüsse, 5,1 Mio. EUR auf Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel und liquide Mittel aus Vorjahren, 4,3 Mio. EUR auf Vermögensveräußerungen sowie 1,6 Mio. EUR auf Beiträge entfallen.

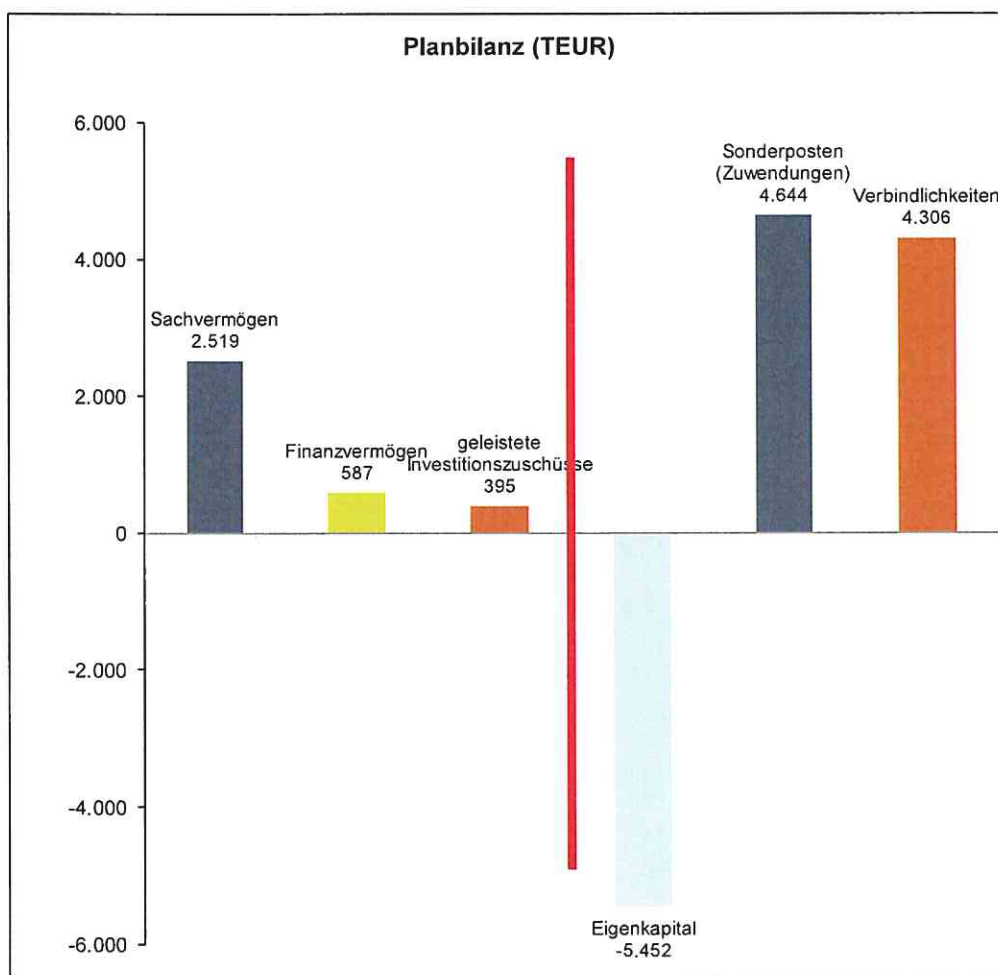
- 11 Die in der Finanzplanung ausgewiesenen Zahlungsströme und die Liquidität sollen sich wie folgt entwickeln:

Nr.	Voraussichtliche Entwicklung der Liquidität	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2019	2020	2021	2022	2023
		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1	Zahlungsmittelbestand zum Jahresbeginn	1.789				
2a	+ Sonstige Einlagen aus Kassenmitteln					
2b	+ Investmentzertifikate, Kapitalmarktpapiere, Geldmarktpapiere und sonstige Wertpapiere					
2c	+ Forderungen aus Liquiditätsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen					
3a	- Bestand an Kassenkrediten					
3b	- Verbindlichkeiten aus Liquiditätsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen					
4	= liquide Eigenmittel zum Jahresbeginn	1.789				
5	- Auszahlungen aufgrund von übertragenen Ermächtigungen der Vorvorjahre	-				
6	+ Einzahlungen aus nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen aus Vorvorjahr	-				
7	+ Einzahlungen aus übertragenen Ermächtigungen für Investitionszuwendungen, -beiträge und ähnl. Entgelte für Investitionstätigkeit aus Vorvorjahren	-				
8	+/- veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands	- 25	- 1.002	- 0	- 1	- 0
9	= voraussichtliche liquide Eigenmittel zum Jahresende	1.764	762	762	761	761
10	- davon: für zweckgebundene Rücklagen gebunden					
11	- für sonstige bestimmte Zwecke gebunden					
12	= voraussichtliche liquide Eigenmittel zum Jahresende ohne gebundene Mittel	1.764	762	762	761	761
13	nachrichtlich: voraussichtliche Soll-Liquiditätsreserve	283	192	276	270	275

Insgesamt würde die Liquidität im Planungsjahr 2020 stark abnehmen, sich zum Ende des Finanzplanungszeitraums aber auf einem stabilen Niveau entwickeln. Bei einem unterstellten plangemäßen Verlauf im weiteren mittelfristigen Finanzplanungszeitraum, wäre die Mindestliquidität bis zum Ende dessen sichergestellt.

Entwicklung der Vermögens- und Finanzlage (Planbilanz)

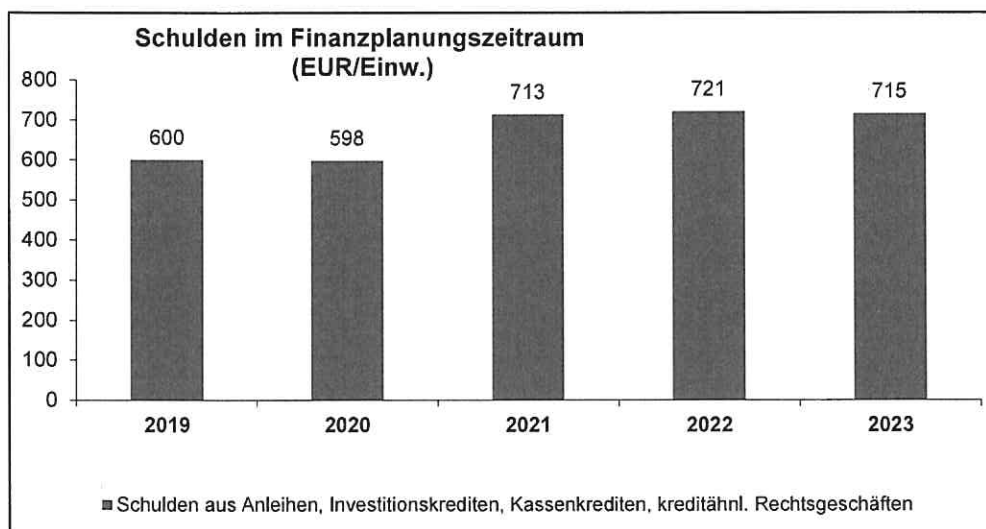
- 12 Bezogen auf einzelne Bilanzposten ergeben sich nach der Finanzplanung bis 2023 folgende Veränderungen:



Auf der **Aktivseite** der Bilanz würde das Sachvermögen, bereinigt um Abschreibungen und Veräußerungserlöse, investitionsbedingt um ca. 2,5 Mio. EUR zunehmen. Das Finanzvermögen würde um knapp 0,6 Mio. EUR und die geleisteten Investitionszuschüsse um knapp 0,4 Mio. EUR ansteigen.

Bedingt durch Fehlbeträge im ordentlichen Ergebnis (ca. 5,5 Mio. EUR) würde auf der **Passivseite** das Eigenkapital um diesen Betrag absinken. Die Sonderposten durch erwartete Zuschüsse und Zuwendungen sowie Beiträge sollen um knapp 4,6 Mio. EUR ansteigen. Die Verbindlichkeiten würden, nachdem in der mittelfristigen Finanzplanung Kreditaufnahmen vorgesehen sind, deutlich auf 4,8 Mio. EUR steigen.

- 13 Die Pro-Kopf-Verschuldung (Kämmereihaushalt) würde sich wie folgt entwickeln:



Bei planentsprechendem Verlauf würde die Verschuldung des Kämmereihaushaltes, bedingt durch die geplante Neuverschuldung - bereinigt um ordentliche Tilgungen - auf 4,8 Mio. EUR (715 EUR/Einw.) im Jahr 2023 ansteigen.

Inwieweit aufgrund der regionalen und globalen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung - insbesondere bedingt durch die noch nicht abschätzbaren Folgen der weltweiten Corona-Krise - die erwarteten Prognosen der Realität entsprechen bleibt abzuwarten. Zur Sicherung der dauernden Leistungsfähigkeit ist die Gemeinde gehalten, auch weiterhin sparsam zu wirtschaften und ihre Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen. Einer sich abzeichnenden Verschlechterung der finanziellen Rahmenbedingungen und Strukturdaten ist durch zeitnahe Fortschreibung der Planung entgegenzuwirken. Ergänzend wird empfohlen, die Realisierung der Investitionsvorhaben unter Berücksichtigung der Folgekosten von der Eigenfinanzierungskraft und der Bewilligung der eingeplanten Fördermittel abhängig zu machen. Mit Blick auf die prognostizierte Entwicklung des Ergebnishaushalts sind ggf. konsolidierende Maßnahmen erforderlich.